Hierbei ist auch die Durchführung einer preismäßig vernünftigen, richtiggeleiteten **Vorratswirtschaft** voll einzusetzen. Diese Vorratswirtschaft ist, wo überhaupt möglich, gegeben, sowohl durch Umwandlung eines Teiles unserer Erzeugnisse in Dauerware, als auch durch entsprechende **Kühllagerungen, Trockenlagerungen, Kohlscheunen** usw. Ausschalten müssen wir dabei jedoch — und wenn es sein muß, mit rigorosen Maßnahmen — die Erzielung hoher Spekulationsgewinne, die über ein angemessenes Entgelt für die geleistete Arbeit und das übernommene Risiko hinausgehen. Auch hier gibt es nur einen maßgebenden Gesichtspunkt: den Volksgenossen die Ware ohne übermäßige Belastung der nicht steigerungsfähigen Kaufkraft ihrer Löhne zu überlassen.

Erfolgt in dieser Weise eine wohlüberlegte und verantwortungsbewußte Lenkung der ganzen gartenbaulichen Erzeugung, und zwar mit Hilfe der Marktregelung nach den Wünschen und Bedürfnissen des Verbrauchers, so müssen wir uns doch darüber völlig im Klaren sein, daß uns in der **Erfüllung** dieser Wünsche durch die Natur gewisse unübersteigbare Schranken gesetzt sind. Wir **müssen** als Volk mit dem auskommen, was der Himmel auf unserer Heimaterde wachsen läßt. Denn wichtiger als alle Früchte der Welt muß uns die **Freiheit** sein. Die politische Freiheit, die uns der Führer wiedererkämpft hat, können wir nur behaupten, wenn wir uns auf dem Gebiet der Ernährung von der Gunst des Augenblicks und von der Gnade des gesamten Auslandes so unabhängig machen wie nur irgend möglich.

Aus dieser klaren Erkenntnis eines politischen Sachverhalts, der für unsere Arbeit schlechthin bestimmend und richtungweisend ist, ergibt sich im Zusammenhang mit der naturgegebenen Tatsache, daß wir mit unserer Erzeugung abhängig sind und immer sein werden vom Klima unseres Landes und von der Beschaffenheit unseres Bodens. Eine Folgerung und eine Forderung, die wir an die **Verbraucherschaft** richten müssen und an die **Verteilerschaft.** Eine Forderung, deren Gewicht ich auch schon vor einem Jahre an dieser Stelle angedeutet habe, die ich aber heute mit allem Nachdruck und mit größtem Ernst erheben muß. Das ist die Forderung nach einer ganz

planmäßigen Umstellung des Verbrauchs nach den Möglichkeiten unserer inländischen Erzeugung

und des sie teilweise ergänzenden Außenhandels. Es müssen nicht unbedingt ausländische Trauben sein, wenn genügend gute deutsche Birnen da sind. Wir werden hierbei dem Verbraucher zu Hilfe kommen, indem wir in Kürze eine **Kennzeichnungs-Anordnung** erlassen, die jede Hausfrau wissen läßt, was sie kauft.

Ich bin mir durchaus im klaren, daß diese Forderung sowohl der Verbraucherschaft wie namentlich unseren Warenverteilern gewisse Verzichte und gewisse Opfer zumutet. Ich kann mir vorstellen, daß ein reicher Mann, der Zeit seines Lebens gewohnt war, zu einer bestimmten Jahreszeit gerade diese oder jene ausländische Luxusfrucht auf seinem Tisch zu sehen, ungehalten ist, wenn er darauf verzichten und sich als Ersatz mit etwas sprödererem Produkt des heimischen Bodens begnügen soll. Aber nach solchen Wünschen unsere Ernährungspolitik auszurichten, kann uns niemand auf der Welt zumuten. Die Wünsche der Verbraucher wie der Verteiler müssen sich den höheren Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft, die uns das Gesetz unseres Handels in allen Dingen vorschreibt, auch hierin unterordnen. D. h.: Unser Geschmack muß sich, soweit es notwendig ist, auf den Verbrauch jener Erzeugnisse umstellen, die unsere deutsche Gartenbauwirtschaft selbst in genügender Menge und zu angemessenen Preisen auf den Markt bringt.

Gerade der **Verteilerschaft** fällt bei der Lösung dieser erzieherischen Aufgabe die wichtigste Rolle zu. Auch der Handel darf die „Majestät des Kunden" nur insoweit respektieren, als sich dieser Respekt mit der Verpflichtung gegenüber der Volksgemeinschaft verträgt. An den Möglichkeiten der Erzeugung und den Notwendigkeiten des Staates muß sowohl die Erfüllung der Wünsche der Käuferschaft wie das Gewinnstreben der Verteilerschaft ihre Grenze finden. Gerade auch um den Handel zur Lösung dieser Aufgabe stark und fähig zu machen, ist eine straffe Zusammenschließung in den Fachschaften erfolgt und notwendig. Dieser Zusammenschluß der ganzen Verteilergruppe ist nicht geschehen, um der Verteilerschaft die Möglichkeit zu geben, dicke Kundenstufen auszuhandeln und unter Berufung auf frühere Geschäftsumfänge gewissermaßen Pensionsansprüche durchzusetzen, sondern der Sinn der Eingliederung des Handels aller Sparten in den Reichsnährstand ist der, daß auf diese Weise auf dem wichtigen Gebiet unsere Ernährungswirtschaft jedem einzelnen Betrieb der gleiche Start für den Leistungswettbewerb gegeben werden soll.

Ich weiß, diese Erkenntnis ist noch lange nicht allen Berufsschichten, die wir im Reichsnährstand zu betreuen haben, in Fleisch und Blut übergegangen. Gerade deshalb möchte ich zum Schluß noch einmal mit größtem Nachdruck die Notwendigkeit einer vollkommenen **Unterordnung aller Einzelwünsche und Einzelinteressen unter die höheren Notwendigkeiten der Gesamtheit** betonen. Der Reichsnährstand und die ihm angeschlossenen Verbände sind nicht geschaffen worden zum Schutze einzelner Berufsgruppen. Bei seiner ganzen Politik hat der Reichsnährstand zwei Richtpunkte vor Augen: Auf der einen Seite den Erzeuger als lebenswichtiges Glied der nationalen Wirtschaft, auf der anderen Seite den Verbraucher, d. h. das ganze Volk. Die zwischen diesen beiden Gruppen stehenden Zwischenglieder erkennt der Staat nur an, insoweit sie notwendig sind, um beide Gruppen, Erzeuger und Verbraucher, aneinander heranzubringen. Darum werden — wie bisher — so erst recht in Zukunft alle Anordnungen und Maßnahmen, die die Hauptvereinigung der Deutschen Garten- und Weinbauwirtschaft als das ausführende Organ des Reichsnährstandes auf dem Gebiete der Garten- und Weinbauwirtschaft zu treffen hat, ausnahmslos unter dem Gesichtspunkt erfolgen: Ist die hier vorgeschlagene Maßnahme, ist die gerade verlangte Anordnung notwendig für die Gesamtheit und dient sie dem Wohle der Gesamtheit, oder ist das nicht der Fall? Maßnahmen zum Schutz einzelner Gruppen können immer nur in solchem Umfange erfolgen, als durch sie das Gesamtwohl eine Förderung erfährt.

Und da möchte ich an die Verteilerschaft aller Sparten gerade unserer Hauptvereinigung ein besonderes Wort richten. Ich weiß, daß Ihre Aufgabe bei uns schwerer ist als in anderen Gruppen. Ich weiß, daß sie für und für bedroht wird von jenen, die eine Uebersetzung des Verteiler-Sektors darstellen, und die Sie selbst gern außerhalb Ihrer Reihen sehen möchten. Ich weiß, daß viele von Ihnen die Marktregelung in der Garten- und Weinbauwirtschaft zunächst abgelehnt haben — zum Teil noch ablehnen. Ich weiß aber auch, daß viele von Ihnen bereit sind, sich in nationalsozialistischer Kameradschaft mit uns in die Aufgabe zu stellen. Vergessen Sie nicht, daß der Nationalsozialismus immer Sieger bleiben wird, und daß es nichts Schöneres gibt, als ihm zu dienen. Je größer die Aufgabe, um so größer auch die Verantwortung. Pg. Schmitz III und Strauß werden nun noch über Einzelheiten der Arbeit zu Ihnen sprechen.

Ich aber rufe Sie auch heute wieder auf:

Schließt die Reihen zum gemeinsamen Vorwärtsschreiten!

Die einheitliche Steuerung aller Teile des Gartenbaues führt zu einer Lösung, die dem Volksganzen dient

Auf der Sondertagung der Unterabteilung Gartenbau im Reichsnährstand hielt Pg. Prof. Dr. Ebert am 13. November in Goslar nachstehende wegweisende Rede über die Steuerung des Gartenbaues und seiner Zweige im Hinblick auf die Einstellung des deutschen Menschen zu seinem Boden und seinen Erzeugnissen

Der Gartenbau stellt ein Grenzgebiet des Reichsnährstandes dar, das mit der Stadt in doppelter Beziehung steht, insofern ein erheblicher Teil gartenbaulicher Unternehmungen unmittelbar in den Stadtgebieten selbst anfällig ist und zum anderen der Gartenbau in weitestem Umfang mittelbar über die Verwertungsindustrie beim Absatz seiner Erzeugnisse an die Stadt gebunden ist. Hieraus ergibt sich für den Gartenbau die Notwendigkeit, nicht nur als Glied des Reichsnährstandes dessen Arbeiten und Ziele zu verfolgen, sondern auch alle Vorgänge zu beachten, die das Leben der Stadtmenschen maßgebend beeinflussen und daher auch auf ihn nicht ohne Rückwirkung bleiben können.

Um den richtigen Ausgangspunkt für die Einstellung des Gartenbaues zu finden, müssen wir uns folgendes vor Augen halten:

In seinem Buch „Mein Kampf" weist der Führer mehrfach darauf hin, daß die letzten Ursachen des Unterganges großer Kulturvölker und ihrer Kultur die rassische Blutvergiftung war, und daß demnach, da alle Kultur vom Menschen abhängt und nicht umgekehrt, alles darauf ankäme, den diese rassegebundene Kultur erschaffenden Menschen zu erhalten. Aus dieser Aufgabe ergab sich die Arbeit des Reichsbauernführers, ausgedrückt im Reichserbhof- und Reichsnährstandsgesetz, mit dem Ziel, über die Herausziehung des Bodens aus der kapitalistischen Verflechtung den Blutsquell des Volkes rassisch zu sichern und die Ernährung des Volkes zu gewährleisten. Unabwendbar blieb dabei, daß der Erbhof in seinen Ausmaßen sowohl nach oben als auch nach unten begrenzt werden mußte. So erklärt es sich, daß zur Zeit nur 845 000 Erbhöfe bestehen. Oberhalb dieser Grenze bleiben etwa 27 000 große landwirtschaftliche Betriebe, unterhalb der Erbhofgrenze verbleiben aber über 2 Millionen kleiner und kleinster Betriebe kleinbäuerlicher und gärtnerischer Art, die für Volk und Staat ebenfalls äußerst wichtig sind. Es sind zum sehr großen Teil kinderreiche Familienbetriebe, die mithin ebenfalls den Blutsquell des deutschen Volkes speisen. Besonders beachtenswert ist zudem, daß sie überwiegend im westlichen Grenzland liegen. Ihre Besitzungen sind aber im Durchschnitt so klein, daß sie bei rein landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nicht lebensfähig sind, sondern nach irgendeiner Seite hin der Ergänzung bedürfen. So finden wir bei einem großen Teil von ihnen, daß der Besitzer oder seine Familienmitglieder regelmäßig oder wenigstens während eines großen Teiles des Jahres in der Industrie oder anderweitig hauptberuflich oder nebenberuflich tätig sind. Ein anderer Teil aber unter den Kleinbauern müßte zwangsläufig zu einer besonders starken Intensivierung seiner Betriebe übergehen, und ein sehr großer Hundertsatz von ihnen wählte davon den Anbau gartenbaulicher Kulturen, und zwar vorwiegend den Obstbau und Gemüsebau. Damit vollzogen diese Anbauer den Anschluß an die gärtnerischen Betriebe, mit denen sie gemeinsam den deutschen Erwerbsgartenbau darstellen.

Die Struktur unseres Berufes

Die Gartenbauerhebung 1933/34 erfaßte insgesamt rund 300 000 Betriebe, die Freilandgartenbau auf einer Fläche von rd. 190 000 ha betreiben. Von diesen Wirtschaften arbeiten rd. 170 000 mit rd. 150 000 ha Nutzfläche überwiegend für den Verkauf ihrer Erzeugnisse. Davon wurden rd. **67 000 Betriebe mit 74 000 ha Freilandnutzfläche für gärtnerische Betriebe** angesehen, während 62 000 Betriebe mit 52 000 ha Nutzfläche dem Feldgemüsebau und etwa 40 000 Betriebe mit 26 000 ha gärtnerischer Fläche dem landwirtschaftlichen Obstbau zufielen.

Lassen Sie uns noch mit einigen Zahlen einen Einblick in die Betriebsverhältnisse nehmen: Von den gärtnerischen Betrieben waren reichlich ²/₃ Haupterwerbsquelle, während ¹/₃ etwa als Nebenbetrieb geführt wurden. Ueber ²/₃ der Betriebe haben nur eine Freilandfläche von weniger als 1 ha, und noch nicht 3 % aller Gärtnereien bewirtschaften mehr als 5 ha Freilandnutzfläche. Die Gesamtheit aller gärtnerischen Betriebe unter 1 ha Freilandfläche bewirtschaften aber noch nicht ¼ der gesamten gärtnerischen Freilandfläche. **Demgegenüber verfügen aber fast alle gärtnerischen Betriebe noch über Flächen unter Glas, die insgesamt über 16 Millionen qm ausmachen, von denen rd. 30 % heizbar sind. Die gesamten Glasanlagen repräsentieren, wenn sie heute neu gebaut würden, einen Wert von — vorsichtig geschätzt — rd. 250 Millionen Mark.** Dieser gärtnerische Anbau beschäftigte rd. 125 000 männliche und 63 000 weibliche Personen, davon insgesamt rd. 61 000 Familienfremde. Ueber die Hälfte aller ständig Beschäftigten wurden in Betrieben unter 1 ha Nutzfläche und nur 8 % in Betrieben von über 5 ha festgestellt. 37 % aller familienfremden Arbeitskräfte entfielen auf Betriebe unter 1 ha Freilandnutzfläche, und 34 % aller ständig Beschäftigten waren gelernte Gärtner, von denen fast jeder zehnte eine gärtnerische Fachschule besucht hatte. Weitere 23 % waren angelernte Gartenarbeiter. Obwohl der Blumen- und Zierpflanzenbau rd. 35 000 Betriebe umfaßt, bewirtschaftet er nur etwa 6200 ha. 80 % dieser Betriebe haben eine Freilandfläche von unter 1 ha, dafür entfällt auf sie der Hauptteil der Glasfläche, insbesondere der heizbaren. Umgekehrt haben über 80 % der Baumschulen eine durchschnittliche Größe von 1 ha und darüber. Es wurden ihrer fast 10 000 gezählt. Beide Berufsgruppen beschäftigen zugleich den Hauptteil der familienfremden Arbeitskräfte. Dieser kurze Ueberblick mag hier genügen, um die bevölkerungspolitische Bedeutung des gärtnerischen Teiles des Gartenbaues zu charakterisieren.

Von der insgesamt rd. 81 000 ha betragenden Freilandgemüsefläche entfielen etwa 52 000 ha auf den kleinbäuerlichen und landwirtschaftlichen Feldgemüsebau. Hier ist nun interessant, daß weit über ¾ der Betriebe eine Gemüsenutzfläche nur bis zu 1 ha hatten, ¹/₃ nur 1—5 ha und nur 2 % über 5 ha bewirtschaften, daß aber 69 % der Gesamtfläche von Betrieben über 1 ha bewirtschaftet wird, davon 9,5 % von Betrieben mit 5—10 ha und 17,1 % von Betrieben mit 10 ha und darüber gemüsebaulicher Nutzfläche. In der Hand der größeren Betriebe liegt hauptsächlich der Anbau von Kopfkohl, Pflückerbsen, Spinat und Blumenkohl, während selbst bei Tomaten, Gurken, Spargel, Karotten und Puffbohnen zu 40—67 % auf Betriebe mit weniger als 1 ha Gemüsenutzfläche entfallen.

Hält man sich diese Zahlen und Werte vor Augen und bedenkt dabei, daß diese große Zahl von Menschen und Werten völlig von der Marktentwicklung abhängen, da sie ja mit ihren Erzeugnissen mittelbar oder unmittelbar marktgebunden sind, dann erkennt man, daß der Reichsnährstand verpflichtet ist, sich auch mit ihrem Schicksal zu beschäftigen, das von der Entwicklung des Stadtlebens abhängig ist. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die bisherige Entwicklung, die eindeutig die Stadt, die Großstadt, in den Vordergrund schob, zunächst dem gesamten Gartenbau einen gewaltigen Auftrieb gab. Er wurde aber unterbrochen durch die Wirtschaftskrise, die über die Städte und deren Arbeiterschaft hinweg auch zur Krise des Gartenbaues wurde.

Was bringt die Zukunft dem Gartenbau?

Nicht gegen, sondern mit einer Entwicklung gehen

Was wird nun die Zukunft, die unter nationalsozialistischer Führung steht, dem Gartenbau bringen? Es mag übereilt, ja gefahrvoll erscheinen, schon heute eine Prognose stellen zu wollen. Und dennoch scheint es mir notwendig zu sein, um wenigstens dem betroffenen Kreise die Augen zu öffnen, damit die Berufskameraden rechtzeitig um sich schauen und die Nase nicht nur nach unten halten, wozu die in diesen Berufsgruppen vorherrschende Handarbeit so leicht verführt.

Die Parole des Führers und die Aufklärungsarbeit des Reichsbauernführers haben nicht nur den Bauernstand aufgerüttelt, nein, das ganze Volk hat die tiefe Bedeutung des Wortes vom „Blut und Boden" erkannt. Der deutsche Mensch hat zu beiden Begriffen eine andere Einstellung erhalten. Er gibt sich nicht mehr damit zufrieden, daß nur der Blutsquell des Volkes gesichert wird, er will auch verhindern, daß dieser Blutsstrom zu schnell in den Städten versickert. Ungeheure Umwälzungen kündigen sich an. Niemand anders als Pg. Alfred Rosenberg hat bereits auf der ersten großen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkultur verkündet: „Wir hoffen, daß einmal Berlin die würdige große Stadt eines großen Volkes sein wird, in der das ganze Gerümpel in der Friedrichstraße einmal restlos niedergelegt wird ... Kommende Geschlechter werden statt durch die Friedrichstraße durch Gärten und Parks in die Linden anschließend gehen können. Ich glaube, daß dieser Wille stark genug sein wird, sich durchzusetzen." Wer daran noch zweifelt, dem empfehle ich, die Anfänge dieser Auflockerung der Großstadt Berlin anzusehen, wie sie unter der zielbewußten Führung des Staatskommissars für Berlin, Pg. Lippert, in einem der einst verrufensten Winkel Berlins eingesetzt hat. Wohin sollen aber die Menschen, wenn die Hinterhöfe fortfallen, um Grünanlagen Platz zu machen? Die Entwicklung des Kleingarten- und Kleinsiedlungswesens, die Ziele der Stammarbeiteransiedlung usw. geben uns die Antwort. Unter den Weckrufen des Führers und Reichsbauernführers trat die unbändige Sehnsucht des deutschen Menschen zur Scholle noch stärker hervor. Er will wieder über die Arbeit am Boden und an der Pflanze und über den Garten aus seinem Heim in der Heimat verwurzeln und in ihr gesunden. Hier wird nun der berufsständische Gartenbau in Zukunft getroffen. **Töricht sind die Gartenbauer, die aus engem Gesichtspunkt und Egoismus heraus glauben, sich noch gegen eine solche Entwicklung, die notwendig ist, stemmen zu können, statt sich in sie hineinzustellen und mitzuhelfen, daß sich ihr Lauf in gesunden Bahnen vollzieht.**

Ebenso töricht wäre es aber auch, wenn sie willen- und planlos alles über sich ergehen lassen. Wer hier Führer sein will, hat deshalb die Pflicht, ruhigen Blutes abzuwägen und seine Schlüsse zu ziehen.

Wir müssen damit rechnen, daß ein von Jahr zu Jahr steigender Anteil der Volksgenossen seinen Kleingarten oder seinen Eigengarten bewirtschaften wird. Das bedeutet, daß von Jahr zu Jahr ein Teil der Volksgenossen während des Sommers zum Selbstversorger werden wird, und es ist unabänderlich, daß nicht nur die Selbstversorgung einsetzen wird, sondern daß auch ein Teil der Sippe und Freundschaft hieran beteiligt sein wird. Diese Tatsache wird zunächst eine Folge nach sich ziehen, nämlich, daß der Gesamtverbrauch des Volkes an Gemüse, Obst und Blumen steigen wird. Jeder, der einmal das Leben und Treiben in einer Kleingartenkolonie beobachtet hat, kennt den ungeheuren Besucherzustrom an Volksgenossen, die noch nicht das Glück haben, selbst ein Stück deutschen Bodens bebauen zu können. Auf ihren Verbrauch wirkt das Miterleben im Kleingarten des Freundes ungemein anregend, und zwar in stärkstem Maße über die Frauen. Es gibt keine Werbung, die stärker wirkt als das persönliche Erleben. Es muß dann aber schließlich eine Zeit folgen, in der die Selbsterzeugung im Sommer stärker wird und auch die Eigenerzeugung an Konserven so groß wird, daß die Rückwirkung auf den Erwerbsgartenbau unausbleiblich ist, und hiervon werden zunächst jene Betriebe betroffen werden, die ausschließlich auf Freilandanbau angewiesen sind, d. h., die kleinbäuerlichen Betriebe mehr als die gärtnerischen, und von diesen die in ländlichen Städten mehr als in Großstädten. Die einzelnen Berufszweige werden aber verschieden berührt werden, und deshalb ist es richtiger, sie auch einzeln zu betrachten. Es ist dabei notwendig, die bisher üblichen Grenzen zu überschreiten und auch den Weinbau einzubeziehen, der an sich schon dem Obstbau nach der ganzen Art seiner Kulturen nahesteht, weil die bei einem Teil von ihm beginnende Umstellung auf Tafeltraubenanzucht auf den Obstbau, insbesondere den Birnenanbau, einwirkt.

Der Obstbau und die zukünftige Entwicklung

Süßmost ist gefragt – Förderung des Tafelobstbaues

Bleiben wir gleich bei dem Obstbau. Es dürfte der Zweig des Gartenbaues sein, der am wenigsten durch die kommende inländische Entwicklung berührt wird. Wenn wir den Tafeltraubenanbau hinzunehmen, wird, wie angedeutet, nur der Herbstbirnenanbau in Gefahr kommen, weil die Tafeltrauben, die mehr oder minder durchscheinend sind und daher die Güte leichter erkennen lassen, für sie eine starke Konkurrenz bedeuten. Im ganzen genommen wird aber der Obstverbrauch in absehbarer Zeit so steigerungsfähig bleiben, daß der Bedarf kaum ausreichend gedeckt werden wird, wenn es uns nicht gelingt, die Verteilung zu regeln. Der Selbstversorger als Obstbauer wird, das lehrt die Erfahrung, immer mehr Wert darauf legen, mehr schöne als viele Früchte zu ernten. Ueber die Selbstversorgerbewegung werden mithin allgemein die Güteansprüche mehr steigen als die Abgabeneigung, wenn hier die richtige Leitung der Selbstversorger erfolgt. Sortenvielerlei und Niederstammformen sind das künftige Kennzeichen dieser Selbstversorgerbewegung, die während eines möglichst langen Zeitraumes im Jahre ernten soll, aber nie zuviel auf einmal.

Gerade für den Erwerbsobstbau hat andererseits ebenso wie für den Weinbau **die Süßmostbewegung** eine neue Lage geschaffen, wie ich sie vor etwa 10 Jahren bereits vorausgesagt habe. Gewiß wird auch hier die Selbstversorgung sowohl in der Landwirtschaft als auch beim Kleinanbauer noch stärker einsetzen. Sie wird aber nie ausreichen, um den allgemeinen Bedarf zu decken. Im Gegenteil, sie wird diesen steigern. Das führt zu folgender Erkenntnis: Aus Gründen der Absatzlage mußte vor Aufkommen der Süßmostbewegung sich der Kernobstbau eindeutig auf die Förderung des Tafelobstbaues einstellen. Er mußte mithin eine Reihe von Obstsorten im Zuge der Sorteneinschränkung verwerfen, die diesem Ziel nicht gerecht wurden, obwohl sie sich sonst durch Widerstandsfähigkeit und Ertragfähigkeit vor mancher Edelsorte auszeichnen. Darüber hinaus mußte erwogen werden, manche obstbaulich-klimatisch gefährdeten Gebiete in den Förderungsmaßnahmen zurückzusetzen. Hier setzt nun der Umschwung ein. Die Süßmostfrage veranlaßt uns, die bewährten, aber durch die Einflüsse des Auslandsobstes auf die Psyche der großstädtischen Verbraucher als Tafelobst nicht in Frage kommenden Obstsorten für die Versorgung der Süßmosthersteller wieder zu mobilisieren und sie vorwiegend in den klimatisch eher gefährdeten Gebieten (also im Osten unseres Vaterlandes) zum

SLUB Wir führen Wissen. TU Berlin UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DEUTSCHE GARTENBAUBIBLIOTHEK E.V.